

CALL FOR PAPERS

Praxen der Rechtskritik

Tagung am 8./9. April 2016

Kritische Rechtswissenschaft hat eine lange Tradition in der BRD. Sie umfasst linke Standesorganisationen, Studierende und Lehrende, Zeitschriftenprojekte, Anwält*innenbüros, engagierte Einzelkämpfer*innen in allen Bereichen der Wissenschaft, der Politik und der Rechtspraxis. Für das Jahr 2016 plant die Redaktion der Kritischen Justiz gemeinsam mit dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), der Neuen Richtervereinigung (NRV), dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCR) sowie der Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen (vdj) ein großes Zusammentreffen all jener Kritiker*innen des Rechts. Am 8./9. April 2016 wollen wir in Berlin unsere gemeinsamen und verschiedenen Praxen aus allen Perspektiven heraus reflektieren: die Methoden, die verschiedenen Ansätze und Politiken, die Theorien, die Didaktiken und Interventionen der Rechtskritik in der BRD und darüber hinaus.

Daher fordern wir die kritischen Jurist*innen und Sozialwissenschaftler*innen, Praktiker*innen und Theoretiker*innen auf, uns Vorschläge für thematische Panels oder auch für einzelne Papers einzureichen. In etwa 15 Panels wollen wir die theoretischen Ansätze und die kritischen Rechtspraxen diskutieren, die uns heute bewegen: sowohl allgemeine Fragen als auch kontroverse Teilbereiche des Rechts – vom Migrationsrecht über das Strafrecht bis zum transnationalen Wirtschaftsrecht und Arbeitsrecht – ebenso wie kritische Praxen von der Rechtsdidaktik bis zur strategischen Prozessführung.

Als weit gefasste thematische Klammer schlagen wir das Thema „*Exklusion und Inklusion durch/im Recht*“ vor. Ein- und Ausschlüsse durch Recht und im Recht bezeichnen eine Grundfrage aktueller kritischer Rechtstheorie und Rechtspraxis. Die Inklusion ist das Versprechen eines emanzipatorischen Rechts – gleichzeitig perpetuiert das Recht selbst oft patriarchale, koloniale und andere gesellschaftliche Machtstrukturen. Sich des Rechts zu bedienen ist daher oft widersprüchlich, denn Subjekte, soziale Räume und gesellschaftliche Verhältnisse unter die Herrschaft dieses Rechts zu stellen kann neue Ausschlüsse erzeugen. Inklusion und Exklusion stehen damit in einem Wechselseitverhältnis. Radikaler kann daher gefragt werden, ob echte Emanzipation gar die Freisetzung von der Herrschaft des Rechts bedeuten müsste.

Vorschläge für Papers (max. 500 Wörter) und Panels (max. 1000 Wörter) können bis 1.9.2015 unter kontakt@rechtskritik2016.de eingereicht werden.